

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

6. Auflagen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger die Postämter
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
der Länge der Anzeigen. —
Kleinanzeigen zu besonderen
ermäßigten Preisen.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 197

Sonnabend, den 23. August 1924

19. Jahrgang

Politischer Guckkasten.

Die bevorstehende Ablehnung der Londoner Beschlüsse durch die Deutschnationalen, an der ja wohl kaum noch zu zweifeln ist, beweist aufs neue daß sie noch dieselben sind wie ehemals und nichts gelernt und nichts vergessen haben. Sie geben sich offenbar immer noch dem Wahne hin, daß unsere Gegner d. h. also so ziemlich die ganze zivilisierte Welt, demütig zu Knechten machen werden, wenn nur die deutsche Regierung den Mund tüchtig aufreißt und leinen recht kräftig vor den Bauch tritt. Sie vergessen nur, daß uns zu diesem Zweck nicht die Kräfte der Bismarcks zur Verfügung stehen und daß deshalb die Folgen einer solchen „immer feste drauf-politisch“ heute noch verberblicher sein würde als früher. Das sind die Methoden, die Deutschland vor dem Kriege isoliert und den Ring unserer Feinde zusammenschmiedet haben, dank denen wir in den Krieg gestürzt und ihn schließlich verloren haben. Es ist die Politik des Edelraffels und der sönenden Phrasen, jene Wirklichkeitsfremde Lohengrinpolitik die ihre vollendete Verwirklichung in der verhängnisvollen Person Wilhelms II. gefunden hatte. Hat das deutsche Volk aus der Vergangenheit wirklich so wenig gelernt, daß es sich noch einmal diesen bankrotteten Charlatanen anvertrauen will, die es nur zu einem Ziele führen können, zur Katastrophe?

Die deutsche Demokratie wird von der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ wieder einmal in der schamlosesten Weise mit Schmutz bedorfen. Das brave Blatt unter der Leitung der Demokratie Deutschlands, sie habe sich „um der Stabilisierung der Weltdemokratie willen“ — d. h. um Herriot und Macdonald am Ruder zu erhalten — an der Londoner Konferenz zu den größten Jugendsünden an den französischen Chauvinismus verstanden. „Sie hätte auch zwei Jahre weiterer Ruhrbesetzung geschuldet und noch immer von einem beinahe hundertprozentigen Erfolg geredet... Sie gibt die Nation rücksichtslos preis, um in Gnaden am Leben erhalten zu werden und sich einzuliefern zu können in das staatliche System Westeuropas.“ — Natürlich ist es völlig überflüssig die deutsche Demokratie gegen diese Anwürfe zu verteidigen oder in diesem Zusammenhang ein Wort der Rechtfertigung des Londoner Abkommens zu sagen an dessen Abschluß Demokraten überhaupt nicht beteiligt waren. Wir erwähnen die schändlichen Auslassungen der „Kreuzzeitung“ nur, um darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Blatt seinen, bei der Bekämpfung Bismarcks gewonnenen Ruf, das gemeinste Blatt Deutschlands zu sein, auch heute noch mit Erfolg aufrecht erhält.

Eine derbe Wahrheit muß sich Lubendorff vom „Bährischen Kurier“ in einer Darstellung über die Streitigkeiten in der böhmisches Bewegung lassen. Das Blatt stellt fest: „Lubendorff wirkt auf die Bayern überall als Sprengpulver. Wenn er schon die Böhmen nicht zu einigen vermag, sondern offensichtlich auseinandertreibt, wie glaubt dann dieser Mann die Mission zu haben, ein Sammelkern des deutschen Volkes zu sein oder zu werden? Man ist erstaunt“, fährt das Blatt fort, „über den Mangel an Besonnenheit, mit der dieser Mann ohne innere Demutungen Wortworte erhebt und Behauptungen aufstellt für die ihm alle Unterlagen fehlen, und man erschräkt förmlich bei dem Gedanken, daß eine so wenig achtbare Bekannte Persönlichkeit im Krieg das Schicksal des deutschen Volkes in der Hand hatte! Das war nicht die Vorbedingung zu einem glücklichen Ausgang des Krieges.“

General der Infanterie a. D. Verthold von Deimling sandte der „Neuen Bährischen Landeszeitung“ aus Baden-Baden folgende Erklärung: „Der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere und der Reichsoffiziersbund haben mich durch gemeinsame öffentliche Erklärung in Aht und Warnung gesetzt, weil ich für die Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und den Völkerverbund einträte, trotzdem ich früher kommandierender General war.“ Für einen solchen Meist es sich in ihren Augen also, verbittert oder gleichgültig oder „börnehm“ beiseite zu lassen. Das ist zwar bequem, aber damit dient man seinem Vaterlande nicht. Nein, gerade weil ich General war, empfinde ich es als stichtliche Pflicht, meinem Vaterlande, dem 50 Jahre lang meine Arbeit und mein Streben gegolten hat, auch weiterhin tatkräftig zu dienen, freudig meiner Überzeugung und so lange ich noch die Kraft dazu habe. Und jene, die glauben, mich verurteilen zu sollen, werden mir die innere Freude, die ich hier niemals rauben können. Ich weiß auch, daß es gegen Kameraden gibt, die innerlich ebenso denken wie ich, und daß alle einsichtsvollen Deutschen mir recht geben.“

Die Zustimmung aller „einsichtsvollen Deutschen“ wird dem hochverdienten General wertvoller sein als das Urteil der Offiziersblinde, die, kurzschichtig und gehässig die Erfüllung einer staatsbürgerlichen Pflicht mit gesellschaftlicher Achtung ahnden, um auch andere zu hindern, die Wahrheit auszusprechen und ihre Pflicht zu tun.

Eine bössartige Verleumdung des Abgeordneten Erkelenz lassen sich verschiedene deutschnationalen Zeitungen zuschreiben, indem sie schreiben: „Bei der Verfassungsfeier am 11. August hat der Demokrat Erkelenz allen Deutschen, die in der Republik nicht die ideale Staatsform sehen, die Drohung zugerufen: „Die Daumen aufs Auge und das Antlitz auf die Brust!“ Abgeordneter Erkelenz hat daraufhin den Blättern eine Berichtigung zugesandt, die auch hier Aufnahme finden möge, da es sich zweifellos um eine von Berlin überall hin verbreitete Unwahrheit handelt. Abg. Erkelenz erklärt: „Es ist unklar, daß ich gesagt habe: „Jedem, der die Verfassung mit Gewalt ändern will, wollen wir das Passivische Wort zurufen: „Den Daumen aufs Auge und das Antlitz auf die Brust!“ Weiter habe ich gesagt: „Es ist jedermanns Recht, dahin zu streben, daß die Verfassung auf gesetzlichem Wege abgeändert wird. Aber auch diesen Bestrebungen gegenüber wollen wir sagen, daß wir mit allen Mitteln des geistigen Kampfes uns der Abänderung der Grundlinien der Verfassung widersetzen werden.“

Kommunistische Tumulte im Reichstag.

Die Vertagung der Kanzlerrede. — Der Reichsverband der deutschen Industrie empfiehlt Annahme des Londoner Abkommens.

Berlin, 22. August. Die heutige Vollsitzung, die die Ministerreden über die Londoner Abmachungen bringen sollte mußte nach einhalbstündiger Dauer wegen kommunistischer Tumulte abgebrochen werden, ohne daß der Reichskanzler zu der vorzusehenden Regierungserklärung das Wort hatte nehmen können.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung 3.45 Uhr. Zunächst werden als Beisitzer im Staatsgerichtshof gewählt die Abgeordneten: Graf v. Wertheim (Dn.) und Abbe (Soz.), als Stellvertreter Dr. Scheffer (Zentrum) und Kay (Komm.) (Zweiterkeit.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Kay (Komm.), es liege eine Erklärung über die Auslieferung des deutschen Volkes an das internationale Kapital auf der Tagesordnung. Er beantrage, statt dessen auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Ueberleitung der kapitalistischen Wirtschaft in die Hände der Arbeiter.“ (Schallende Heiterkeit.) Redner beantragt, das von den Kommunisten eingebrachte Gesetz über die Sozialisierung den Antrag, gegen die Richter des Staatsgerichtshofes, namentlich gegen Präsident Niedner, die Interpellationen gegen die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes gegen die bairische Polizei und gegen Roske zu behandeln. Er beantragt ferner, sofort nach der Regierungserklärung in die Debatte einzutreten und unmittelbar nach dieser Aussprache den Reichstag aufzulösen.

(Ironische Bravorufe bei der Mehrheit.) Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Als jedoch Reichskanzler Marx die Rednertribüne betritt, um die Erklärung der Regierung abzugeben, erhebt sich bei den Kommunisten ungeheurer Lärm. Sie rufen Amnestie! Amnestie! und lassen auch den Präsidenten nicht zum Wort kommen. Präsident Wallraf schließt, nachdem er den Abg. Dr. Schwarz-Berlin (Komm.) mehrmals zur Ordnung gerufen hat, diesen wegen größtlicher Verletzung der Ordnung des Hauses von der Sitzung aus. Dr. Schwarz verläßt jedoch trotz wiederholter Aufforderung des Präsidenten den Saal nicht. Präsident Wallraf stellt, während der Lärm der Kommunisten fortdauert fest, daß Abg. Schwarz seinem Befehl nicht Folge leiste und unterbricht deshalb die Sitzung auf 5 Minuten. Während die meisten Abgeordneten den Saal verlassen verstimmen allmählich die Kommunisten. Es folgt eine zweite und dritte Sitzung, in der der Abg. Schwarz immer noch anwesend ist. Hierauf schließt der Präsident auch die dritte Sitzung und beruft für Sonnabend vormittag 10 Uhr eine neue Sitzung ein.

Der Inhalt der vertagten Kanzlerrede.

Der Reichskanzler Marx beabsichtigte eine Rede zu halten, über deren Inhalt den „Dresd. Nachr.“ das Nachstehende mitgeteilt worden ist.

Die Reichsregierung tritt vor Sie hin, um Ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz vorzulegen und Ihre Zustimmung zu erlangen. Die Mehrheit des Hauses hat die Erklärung der Regierung gebilligt, daß das Gutachten der Sachverständigen eine geeignete Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage sei. Die schwereren Bedenken gegen das Gutachten sind von mir nie verkannt worden. Unsere heutige Beschlusfassung hat eine weitergehende Bedeutung als jene die das Gutachten als Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems annahm.

Jetzt handelt es sich um tiefgreifende organisatorische Änderungen im deutschen Reich, die in einem Punkte sogar eine Abweichung von den Verfassungsbestimmungen erfordern.

Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, das ganze Material eingehend darzulegen und allen

Parteien Rede und Antwort zu geben. Wir räumen uns nicht eines Erfolges, den wir in London errungen hätten. Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit, die wir in London zu vollbringen hätten, nicht bereit war, daß sie große Erfolge hätte davontragen können. Das Gutachten der Sachverständigen ist für das deutsche Volk in seinem innersten Wesen ebensoviele erfreulich wie der Versailler Vertrag. Unsere Aufgabe bestand nun darin, Widerungen zu erstreben und ich glaube feststellen zu dürfen, daß die deutsche Delegation in London in seinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustande, in mancher Hinsicht aber eine Verbesserung erreicht hat.

Die Londoner Beschlüsse stellen gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt dar. Wie dem ganzen deutschen Volk, so lag auch der deutschen Delegation in London vor allem die Sorge am Herzen, deutsches Land von der Besetzung durch fremde Truppen zu befreien. Wenn unsere Bemühungen nicht das erstrebte Ergebnis gezeitigt haben, so ist das in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß den Parteien in London nach vielen Richtungen hin die Hände gebunden waren, und sich Faktoren in den politischen Verhandlungen geltend machten, die sich stärker erwiesen als der Verhandlungswille der Führer. In erster Linie war das das Problem der interalliierten Schulden.

Die deutsche Delegation war nach Ausschöpfung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel einmütig der Überzeugung, daß eine Ablehnung der französisch-belgischen Jugendsünden in der Räumungsfrage auf absehbare Zeit nicht etwa eine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten verursacht haben würde, und daß zugleich auch die durch das Gutachten und die Londoner Konferenz erstrebte erträgliche Lösung der Reparationsfrage in unabhärbare Ferne gerückt worden wäre. Die Verantwortung dafür haben wir nicht übernehmen können.

Wir haben von den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens die bedingungslose Zusage, daß das Ruhrgebiet spätestens am 15. August 1925 geräumt sein werde. Wir erhielten vom Ministerpräsidenten Herriot das Versprechen, daß die Räumung des Ruhrgebietes viel schneller durchgeführt werden soll, wenn die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich weiter fortgeschritten sei. Zum Beweise seiner ehelichen Absicht wird Herriot am Tage nach Unterzeichnung des Londoner Paktes den Befehl zur Räumung der Zonen Dortmund, Herde, Linen geben. In der gleichen Zeit sollen auch die nach dem 11. Januar 1923 außerhalb des Ruhrgebietes besetzten Ortschaften und Landstrichen rheinwärts und rheinabwärts geräumt werden. Dadurch werden rund 900 000 Deutsche sofort von fremder Besetzung frei.

Weiter haben wir von Frankreich, Belgien und England die Zusage, daß die Sanktionsgebiete von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort spätestens am Tage der Ruhräumung frei sein werden. Daß die deutsche Regierung die so getroffene Regelung der Räumungsfrage nicht als endgültig ansieht, es vielmehr als ihre Aufgabe betrachtet, die in Aussicht gestellte schneller und vollständige Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen, ist selbstverständlich. Ich hoffe, daß eine befriedigende Regelung der Räumungsfrage vielleicht bald erreicht werden wird, wenn auf der Grundlage der Londoner Beschlüsse eine Regelung des Reparationsproblems und eine Befriedung Europas eingeleitet worden ist. Indem ich Ihnen das Gesamte zur Annahme empfehle, möchte ich abschließend einen Gedanken aussprechen, der bei Ihren Entscheidungen eine gebührende Berücksichtigung finden muß: Es ist der Gedanke an die einzige Alternative, vor der wir stehen.